

Presseerklärung vom 9. August 2021

Greenpeace-Ehrenamtliche zeigen mögliche Folgen eines Atombombenabwurfs über Tübingen

Bundesregierung soll Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen

Tübingen, 9. 08. 2021 – In Erinnerung an den Atombombenabwurf auf die japanische Städte Hiroshima am 6. August 1945 und Nagasaki am 9. August 1945 zeigen Greenpeace-Ehrenamtliche heute auf dem Holzmarkt in Tübingen ab 15 Uhr auf einer 1,40m mal 2,0 Meter großen Stadtkarte die Auswirkungen eines potenziellen Atombombenabwurfs über Tübingen. Auf einem Banner steht: „Hiroshima, Nagasaki, Tübingen? Atomwaffen töten!“ Mit ihrer Mahnwache rufen die Ehrenamtlichen auch die Bundesregierung zu atomarer Abrüstung auf. „Bundesaußenminister Heiko Maas ist nicht glaubwürdig, wenn er sich öffentlich für eine atomwaffenfreie Welt ausspricht, Deutschland aber weiter an den US-amerikanischen Bomben in Deutschland festhält“, sagt Ulrike Beck von Greenpeace Tübingen.

Laut einer aktuellen Analyse (online:<https://act.gp/3BGsMnf>) des ehemaligen österreichischen Botschafters Dr. Thomas Hanjoczi im Auftrag von Greenpeace gibt es keine juristischen Einwände gegen Deutschlands Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags. Auch die Nato-Mitgliedschaft Deutschlands bliebe davon unberührt. 86 Länder haben den Atomwaffenverbotsvertrag bereits unterzeichnet, Deutschland gehört nicht dazu. Im Beitritt Deutschlands sieht Hajnoczi als Verhandler des Atomwaffenverbotsvertrags eine Vorreiterrolle für ein atomwaffenfreies Europa. Staaten wie Italien oder die Niederlande könnten dem deutschen Beispiel dann folgen.

Auf dem Fliegerhorst im rheinland-pfälzischen Büchel lagern laut Fachleuten bis zu 20 US-amerikanische Atombomben, die im Kriegsfall von deutschen Pilot:innen in ihr Einsatzgebiet geflogen werden sollen. Ihre jeweilige Sprengkraft beträgt das mindestens Dreizehnfache der Hiroshima-Bombe. Beim Atombombenangriff auf Hiroshima und Nagasaki starben 1945 mehr als 200.000 Menschen. Noch heute leiden viele dort unter den Spätfolgen des Abwurfs.

„Statt lediglich mit dem Finger auf die Atomwaffenstaaten zu zeigen, sollte die Bundesregierung selbst vorgehen und den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen. Nur durch ein endgültiges Verbot können Gräueltaten wie in Hiroshima in Zukunft verhindert werden“, so Beck. Als ersten Schritt zu einem Atomwaffenverbot könnte Deutschland an der Vertragsstaatenkonferenz der atomwaffenfreien Staaten im Januar 2022 in Wien teilnehmen.

Achtung Redaktionen: Für Rückfragen erreichen Sie Ulrike Beck unter 0157 358 0278 85.

GREENPEACE